

Press release

Kiel, 18.01.2000

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

SSW zieht positive Bilanz der 14. Wahlperiode

Beim heutigen Neujahrspressegespräch der SSW-Landtagsvertretung in Kiel zog die Vorsitzende des SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag Anke Spoorendonk eine positive Schlussbilanz der Arbeit der SSW-Landtagsvertretung in der 14. Legislaturperiode:

"Es ist in der 14. Wahlperiode gelungen, die erfolgreiche Politik Karl Otto Meyers fortzusetzen. Durch viele Initiativen hat der SSW nicht nur die eigene Politik auf die Tagesordnung gesetzt, sondern auch konkrete Ergebnisse erzielt. Hervorzuheben seien eine kleine Erhöhung der Zuschüsse im Minderheitenbereich, die Weiterführung des Regionalprogramms für strukturschwache ländliche Räume, die Namensänderung der BU Flensburg in 'Universität Flensburg' und die Verbesserung der Mitbestimmung für Kinder und Jugendliche, sowie eine ganze Reihe weiterer Initiativen. Besonders hat mich gefreut, dass es dem SSW in der letzten Woche gelungen ist, die Regierungsparteien für die Verabschiedung eines Informationsfreiheitsgesetzes zu gewinnen. Das wird ein großer Fortschritt für die Rechte der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Verwaltung sein."

"Die arbeitsintensivsten Themen der Wahlperiode sind die Enquetekommission Gentechnologie und die Arbeit im Pallas-Untersuchungsausschuss gewesen. Für beide Sonderausschüsse stellt sich jetzt am Ende der Legislaturperiode die Frage, ob der Ertrag in einem angemessenen Verhältnis zum enormen Arbeitsaufwand steht," meinte die



SSW-Landtagschefin. Das Ergebnis des Pallas-Ausschusses werde heute nach einjähriger Arbeit dem Landtagspräsidenten überreicht. Trotz "überwiegender Übereinstimmung" habe der SSW gegen den Abschlussbericht gestimmt und sein eigenes Minderheitenvotum abgegeben.

Der größte Wehrmutstropfen der Wahlperiode sei die ungelöste Frage der Schülerbeförderungskosten hinsichtlich der dänischen Schulen im Lande. Diese Frage werde der SSW nach der Wahl wieder aufgreifen, denn sie verbliebe bis zu einer vernünftigen Lösung auf der Tagesordnung. "Das Problem Schülerbeförderung fällt keiner Diskontinuität anheim," so Spoorendonk.

